

Wirtschaftliches Dasein und politisches Verhalten.

In den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (Dezemberheft 1917) faßt Prof. Waentig aus Halle (zurzeit in Brüssel) die Ergebnisse einer ausgedehnten wirtschaftshistorischen Untersuchung über „die Grundfrage der belgischen Volkswirtschaft“ folgendermaßen zusammen:

„Seit der Vereinigung aller belgischen und batavischen Provinzen unter der burgundischen Herrschaft“, sagt Friedrich List in einer seiner geschichtlichen Betrachtungen, „war diesen Ländern auch die große Wohltat der Nationaleneinheit zuteil geworden. Unter Karl V. bildeten die Vereinigten Niederlande einen Komplex von Macht und Kräften, der ihrem Beherrscher mehr als alle Goldgruben der Erde und alle Gunst und Bitten der Päpste die Herrschaft der Welt zu Land und See sichern mußte, wofür er nur die Natur dieser Kräfte kannte und sie zu behandeln und zu benutzen verstand. Als Regent der Vereinigten Niederlande, als deutscher Kaiser und als Haupt der Reformation besaß Karl alle materiellen und geistigen Mittel, das mächtigste Industrie- und Handelsreich, die größte See- und Landmacht zu gründen, die je bestanden hat — eine Seemacht, die von Dänemark bis Sibirien alle Segel unter einer Flagge vereinigt haben würde! Tatsächlich ist es anders gekommen. Und das Königreich der Vereinigten Niederlande, das sich 1814 auf den Trümmern des Napoleonischen Kaiserreiches erhob, war gewiß nur ein schwächliches Abbild des mächtigen Staates, der vor Jahrhunderten hätte entstehen können. Dennoch war es, wie man gesehen, bei all seinen innerpolitischen Mängeln wirtschaftlich ein kraftvolles und wohlausgeglichenes Ganzes, das, auf seinen überseeischen Kolonialbesitz gestützt, mit den Rheinländern und mit Norddeutschland kommerziell verbunden, den Wirtschaftssystemen der Westmächte die Spitze bieten konnte. Was davon nach seiner Zerfetzung in Gestalt des Königreiches Belgien übrigblieb, ist ausführlich geschildert worden. Geradezu verhängnisvoll war es, daß dieses seiner ganzen wirtschaftlichen Natur nach abgegebene Land mit der Gabe der politischen Neutralität beschenkt wurde, deren ökonomische Tragweite völlig übersehen worden ist.“

Ein Land mit international garantierter Neutralität, wie Belgien es ward, hat wirtschaftspolitisch im Grunde nur eine Alternative, das System des geschlossenen Handelsstaates oder das des unbeschränkten Freihandels. Es muß entweder seine Grenzen hermetisch verschließen und versuchen, sich schlecht und recht selbst zu genügen, oder es muß sie ohne Unterschied öffnen und allen Mitwerbern auf seinem Markte die gleichen Chancen gewähren. Bei jeder andern Entscheidung läuft es Gefahr, mit oder ohne seinen Willen, zu wirtschaftlichen Machtverschiebungen beizutragen, die politische Handel, wenn nicht gar kriegerische Verwicklungen, nach sich ziehen müssen, und eben dadurch mit seiner Neutralität in Konflikt zu geraten. Von Schutzzollschranken umgeben, hat Belgien nach gewissenhafter Prüfung seiner ökonomischen Existenzbedingungen zunächst das erstere versucht. Nur zu bald aber hat es erkennen müssen, daß der Kontrast zwischen der geschichtlich bedingten Produktivität einzelner seiner Industrien und der Aufnahmefähigkeit seines innern Marktes, zwischen dem gewaltigen Nachfrage- und Rohstoffbedarf seiner dichten Bevölkerung und der natürlichen Beschränktheit seiner heimischen Hilfsquellen ihm die Lösung der selbstgestellten Aufgabe unmöglich machte. Scheiterten nun damals auch jene ersten läppischen Versuche, die materielle Basis seiner nationalen Wirtschaftsführung durch überseeische Expansion zu verbreitern, so daß ihm unliebsame Zusammenstöße mit andern Mächten aus diesem Grunde wenigstens erspart blieben, so hätte die wirtschaftlich durch die Weinreife bedingte handelspolitische Annäherung an Frankreich es schon damals beinahe in einen europäischen Krieg verstrickt. Aus diesem Dilemma wurde Belgien durch die Begründung des internationalen Freihandelsystems erlöst. Wie von einem Alpdrück befreit vermochte es aufzuatmen, um unbegrenzt von politischen Erwägungen seinen wirtschaftlichen Interessen nachzugehen. Und es ist bezeichnend, daß in den nächsten zwanzig Jahren der belgische Staat als solcher bewußtseinmäßig weder eine Politik der überseeischen Expansion noch der wirtschaftlichen Angliederung an eines der europäischen Nachbarländer betrieben hat, die ihn etwa mit seinen Neutralitätspflichten hätte in Widerspruch bringen können, obwohl es auch damals nicht an einzelnen Männern fehlte, die ihm solche Weisheit predigten.

Das änderte sich um die Wende der achtziger Jahre. Durch die Wiederaufrichtung hochgeklärter Schutzzollschranken an seinen Grenzen sieht Belgien sich neuerdings vor die alte Frage gestellt, nur daß sich mittlerweile die innern Widersprüche seines wirtschaftlichen Daseins noch schärfer zugespitzt haben. Es beantwortet sie jetzt durch ein Kompromiß. Zwar verzichtet es auf die Durchführung einer systematischen Hochschutzzollpolitik nach dem Beispiel seiner kontinentalen Nachbarn. Um so energischer aber betreibt es die überseeische Expansion, die auf die Dauer die wirtschaftlichen Grundlagen seiner politischen Neutralität untergraben mußte. Ein zunächst als unabhängiger Staat gegründetes afrikanisches Kolonialreich geht schließlich von Englands Gnaden in seine Hände über. Französische Kapitalüberflus wecke benutzend, überspinnt es den von britischer Seemacht beherrschten Erdball mit einem Netz großangelegter Unternehmungen, um sich auf diesem Wege Ruhe und Absatz zu sichern. Was bedeutete die an sich gewiß nicht gleichgültige Unterstützung, die es verkehrs- und industripolitisch durch Deutschland fand, wo jeder offene Konflikt mit den Westmächten das künstliche Gebäude seiner Volkswirtschaft mit Vernichtung bedrohte? Wie hätte es sich nicht auch politisch nach ihnen orientieren sollen? So reichen denn die wirtschaftlichen Wurzeln des belgischen „Neutralitätsbruchs“ vor dem Kriege, soweit man von einem solchen reden will, in eine ferne Vergangenheit zurück, und Belgens Schuld ist, von den Mächten einiger ehrgeiziger Streber abgesehen, eine wahrhaft „tragische“ zu nennen. Denn sie ist tiefes Unrecht in Verhältnissen begründet, die von längst verschwundenen Generationen, noch dazu teilweise von Fremden über die Köpfe der Einheimischen hinweg, geschaffen wurden, in zwingenden Ursachen, die mächtiger sind als jedes persönliche Wollen. Solche Erkenntnis scheint mir das wichtigste praktische Ergebnis meiner geschichtlichen Untersuchung; denn sie ist zugleich die Vorbedingung für jede fruchtbare Neuregelung der belgischen Frage.

Diese neueste Erkenntnis, wie die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker geeignet sind, auf das außenpolitische Verhalten einzuwirken, soll uns eine Lehre sein, bei allen künftigen politischen Verhandlungen die Territorialfragen nicht so ausschließlich überwiegen zu lassen, daß eine gründliche und weitreichende Behandlung der wirtschaftlichen Fragen dabei zu kurz kommen muß. Welt- und nationalwirtschaftliche Streitfragen haben ohne Zweifel ihren erheblichen Teil zur Entfesselung und Ausdehnung des Weltkrieges beigetragen. Da ist es nur berechtigt, wenn man die Offenlichkeit und die politischen Parteien fest darauf bestehen, daß die Neugestaltung Europas zur Vermeidung ähnlicher Irrtümer wie die unhaltbare Neutralisierung Belgiens nicht nur von juristisch ausgebildeten Diplomaten, sondern außer von Strategen auch von volkswirtschaftlich gebildeten und praktisch erfahrenen Kräften bestimmt wird.